U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

22. Jahrgang Nr. 50 — Münster, Sask., Donnerstag, den 21 Januar 1926 — Fortlaufende No. 1142

Welt-Rundschau.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" und der Dawes-Plan

Der deutschnationale Lokal-Anzeiger in Berlin veröffentlichte einen längeren Aufsatz über den Dawes-Plan und seine Wirksamkeit im ersten Jahre und verteilte das Blatt über die ganze Stadt. Als Ergebnisse des Planes in seiner praktischen Auswirkung führt der Artikel an, daß es im Jahre 1925 in Deutschland 11.510 Bankrotte gab, während das Jahr 1924 nur 5.929 und das Jahr 1923 nur 249 Bankrotte hatte. Dazu kämen noch zahlreiche Fälle, in welchen von einem Bankrotterfahren abgesehen wurde, sowie Tausende von Massenverwaltungen. Außerdem gäbe es jetzt eine Unmasse von Arbeitslosen, die Landwirtschaft sei im Abterben und die Industrie gehe ihrem Ruin entgegen.

Der Eindruck, den das Blatt bei der Bevölkerung hervorrufen will, ist augenscheinlich, daß der Dawes-Plan, was dazu führte und ihm auf den Fuß folgte, an allem Uebel schuld sei, worüber sich das jetzige Deutschland zu beklagen hat. Schon dies allein genügt, um in der Partei, deren Mundstück der Lokal-Anzeiger ist, einen unzuverlässigen Gewährsmann und einen noch unzuverlässigeren Führer zu erkennen.

Wie gegen den Dawes-Plan, so ist diese Partei auch gegen das Abkommen von Locarno u. gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Ueberhaupt hat sie seit dem Ende des Krieges jeder Versöhnungspolitik, wie sie Wirth, Marx und die übrigen deutschen Kanzler betrieben haben oder irgend ein Kanzler hätte betreiben können, opponiert. Sie haben beständig die Politik verfolgt, welche früher ausschließlich den Sozialdemokraten eigen war, nämlich die Politik der Verneinung. Sie haben absolut keine positive Arbeit getan und sich stets geweigert, irgendwelche Verantwortlichkeit zu tragen. Alles, was sie leisteten, war eine übertriebene und gehässige Verurteilung alles dessen, was andere taten, um Deutschland aus seiner verzweifelten Lage zu befreien.

Gewiß war das, was die deutschen Staatsmänner seit dem Diktat von Versailles zugestanden und ausführten, nichts weniger als zufriedenstellend. Nur mit dem größten Widerwillen konnten sich oftmals das Volk und seine Führer dareinfügen. Aber es war das Beste, wenn nicht das Einzige, das sie unter den Umständen tun konnten. Sie mußten sich auf den Boden der Wirklichkeit stellen, wenn nicht all ihre Bemühungen von vornherein gänzlich unfruchtbar und verderblich sein sollten. Die Wirklichkeit aber war, und ist größtenteils noch jetzt, daß Deutschland vollständig in der Gewalt seiner Feinde war, die nichts sehnlicher wünschten als seinen allseitigen Untergang.

Solange Deutschlands Feinde der Ansicht waren, daß dessen Untergang ihr Gewinn wäre, lauerten sie nur auf Vorwände, um ihm den Garaus zu machen. Die Macht dazu hatten sie. Die Politik der Deutschnationalen hätte ihnen diese Vorwände in Hülle und Fülle geliefert. Diese Politik hätte dem Lande unberechenbaren Schaden zugefügt.

In Wahrheit wäre der Untergang Deutschlands zugleich der Untergang Europas, vor allem Frankreichs. Um dieser Wahrheit Eingang in die Geister außerhalb Deutschlands zu verschaffen, dazu brauchte es Zeit. Und nur eine Politik der Nachgiebigkeit, des geduldigen Ertragens auch der himmelschreiendsten Ungerechtigkeit, konnte den vorurteilsvollen Gemütern der Feinde Zeit und Gelegenheit geben, wieder zur Ruhe und zum vernünftigen Nachdenken zu kommen.

Welch ein Unterschied herrscht zwischen heute und der Zeit vor ein paar Jahren! Die Wahrheit hat sich durchgerungen, daß man Deutschland nicht ausschließen [illegible] darf, auch wenn man [illegible] Feinde Deutschlands kommen allmählich zur Einsicht, daß das an ihm begangene Unrecht gutgemacht werden muß, daß man ihm den unter den Völkern gebührenden Platz wieder einräumen muß. Und wenn sie auch noch so langsam und mit kaum verdecktem Widerwillen und in ganz kleinen Dosen das sich ungerecht Angemaßte zurückgeben: der Anfang ist gemacht und wird sich nicht aufhalten lassen. Was den Prozeß jedoch verzögern oder gar zum Stillstand bringen könnte, wäre die unversöhnliche Politik der Deutschnationalen. Das alte Sprichwort, daß man dem sich zurückziehenden Feinde eher goldene Brücken bauen als ihn in die Enge treiben sollte, hält noch immer gut. Und nirgends mehr als in dem gegenwärtigen Verhältnisse Deutschlands zu den Alliierten.

Es kann Verhältnisse geben, wo von zwei Parteien, die sich unmöglich trennen können und sich unbedingt vertragen müssen, die eine alle Macht, aber keine Vernunft besitzt. Um es da nicht zu einer Explosion kommen zu lassen, welche beide vernichten würde, muß die andere Partei für beide das Denken besorgen und unbegrenzte Geduld üben, bis schließlich doch bei ersterer ein kleines Lichtlein aufzudämmern beginnt. Jeder echte Lehrer hat mit stumpfsinnigen Kindern vielfach dieselben Erfahrungen, und in den meisten Fällen wird seine Mühe mit einigem Erfolg gekrönt. Das ist die gegenwärtige Aufgabe Deutschlands. Es muß durch ein verständiges u. geduldiges Benehmen, das die Verhältnisse nimmt, wie sie nun einmal sind, die Welt wieder zur Vernunft bringen.

Aus dem Gesagten folgt nun keineswegs, daß der Dawes-Plan nicht ein illegitimes Uebel sei. Doch ist er sicherlich nicht an allem schuld, das der Lokal-Anzeiger ihm in die Schuhe schiebt, obgleich gewiß vieles von ihm sich herleiten läßt. Das einzige Gute, das sich über den Dawes-Plan sagen läßt, ist, daß er von zwei ungeheuren Uebeln das kleinere und erträglichere sei. Er ist ein Uebel, das Deutschland einstweilen tragen muß, soweit es in seinen Kräften steht.

Man braucht kein Prophet zu sein, um ohne Zaudern vorauszusagen, daß der Dawes-Plan in absehbarer Zeit, wenn nicht ganz aufgegeben, so doch bedeutend gemildert werden muß. Man braucht dabei nicht viel vom Gerechtigkeitssinn der Alliierten zu erwarten. Wenn es so etwas überhaupt gibt, so mag es still und unbeachtet im Verborgenen der Volksmassen wachsen, wie ein Veilchen im Schatten des Getrüppes, in der hohen Diplomatie zeigt sich keine Spur davon. Da zählt bloß die Zweckmäßigkeit, die Frage, wie viel Nutzen die einzelnen Nutznießer davon haben.

Vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus entbehrt der Dawes-Plan jedes Fundamentes. Denn er fußt einzig und allein auf dem Diktat von Versailles, dem in der Geschichte kaum ein ungerechteres zur Seite gestellt werden könnte, auf der durch Gewalt erpreßten Anerkennung der Alleinschuld Deutschlands am Kriege, aus welcher die Verpflichtung unbegrenzter Reparationszahlungen abgeleitet wurde, auf unzähligen anderen Kriegslügen, die gegen Deutschland verbreitet wurden, auf dem Vertrauensbruche hinsichtlich der beim Waffenstillstand gegebenen Versprechen usw. usw. Für jeden, der weiß, daß trotz aller Ungerechtigkeit der Menschen [illegible] Weltregierung [illegible] Wahrheit und Gerechtigkeit den Sieg davontragen, steht es unbedingt fest, daß solch ein fundamentloses Gebäude nicht bestehen kann; es ist [illegible] dazu bestimmt, [illegible] zu werden.

Dieses Urteil [illegible] kann jedoch natürlich [illegible] Dawes-Plan [illegible] den Sinn. Die Regierung der göttlichen Vorsehung macht bei ihren Berechnungen keine Fehler. Da Deutschland nicht vernichtet konnte, ohne daß die übrige Welt mit in den Abgrund gestürzt wäre, so erdachten sie einen Plan, der es möglich machen würde, Deutschland gänzlich auszurauben, seine Einwohner zu immerwährenden Fronarbeitern zu machen und sich an den Erträgnissen ihres Sklavendienstes zu mästen. So ganz unrecht hat der Lokal-Anzeiger nicht, wenn er behauptet, durch den Dawes-Plan sei Deutschland zu einer politischen Kolonie der Franzosen und Engländer geworden.

Doch soweit ist es noch nicht gekommen, daß das deutsche Volk sich willig für alle kommenden Zeiten das Sklavenjoch auferlegen ließe. Soweit wird es auch niemals kommen. Wenn die deutsche Regierung sich bisher so nachgiebig und das Volk sich so geduldig ergriffen, so geschah es in der Hoffnung, sich dadurch, wenn auch langsam und mit vieler Mühe, die Freiheit und den Aufstieg zu einstiger Wohlhabenheit zu erkämpfen. Diese Hoffnung hat der Regierung und dem Volke den Arm gestählt und sie befähigt, jene Elemente niederzuhalten, welche russische Zustände nach Deutschland verpflanzen wollen. Bricht diese Hoffnung zusammen, dann wird der Kommunismus Deutschland überschwemmen und, nachdem dieses Bollwerk bürgerlicher Ordnung einmal gefallen ist, wird ihm das übrige Europa eine leichte Beute werden.

Der Dawes-Plan, der mit seinen von Jahr zu Jahr sich mehrenden Anforderungen erst im Jahre 1927 einsetzen soll, um dann in seiner schließlichen Höchstforderung für eine unbestimmte Anzahl von Jahren zu währen, macht aber einen wirtschaftlichen Aufstieg des Landes zu einer absoluten Unmöglichkeit: Das konnte schon der bloße Menschenverstand sich ausrechnen, ohne erst d. Experiment zu machen. Die Leistungen, welche er von Deutschland fordert, wären sogar in den Jahren der Prosperität vor dem Kriege fast ungeschmälert gewesen, sie hätten höchst wahrscheinlich sogar damals den Ruin des Landes verursacht. Wie wäre es nun menschenmöglich, daß Deutschland eine solche Operation jetzt überstehen könnte? Im Kriege hat es mehr gelitten als irgendeine andere Nation, nach dem Kriege wurde es nicht bloß alles Eigentums beraubt, sondern man legte Hand an seine Kolonien, seine Bergwerke in Elsaß-Lothringen, im Saargebiete, in Oberschlesien, seiner Handelsflotte, usw. usw. Und das in jeglicher Hinsicht verstümmelte Deutschland soll jetzt auf unabsehbare Jahre hinaus leisten, was es zur Zeit seines Wohlstandes nicht hätte leisten können, was auch die größte und reichste Nation der Welt nicht leisten könnte? Entweder muß der Dawes-Plan und seine ungerechten „Reparationen" aufgehoben oder doch wenigstens abgebaut werden, und das möglichst bald, oder Deutschland wird restlos ruiniert. Dann verschlingt es der Bolschewismus und mit ihm [illegible]

[illegible]

Wenn die [illegible] der Alliierten wirklich ihren eigenen Nutzen im Auge haben, wenn sie [illegible] so lange es noch [illegible] ist, so haben sie eine wichtigere Aufgabe zu erfüllen als die Heilung der durch den Krieg [illegible] Deutschland gestiftete Uebel zu [illegible].

Wann wird Deutschland dem Völkerbunde beitreten?

Nach dem Abkommen von Locarno schien es eine kurze Zeit lang, als ob eine allgemeine Verbrüderung der Völker einsetzen sollte. Sie sagten sich gegenseitig die freundlichsten Höflichkeiten, ja sogar an Zärtlichkeit fehlte es nicht. Locarno sah fast aus wie das Ende eines Romans, wo nach Ueberwindung aller erdenklichen Schwierigkeiten „die Beiden" sich endlich kriegen, um dann für alle Zukunft selig und glücklich zu sein. Es stand fest, daß Deutschland bei Eröffnung der Sitzungen des Völkerbundsrates alsbald um Aufnahme in diesen Völkerbund nachsuchen würde. Schwierigkeiten sollte diese Aufnahme keinerlei haben. Denn die Nationen zeigten schon seit längerer Zeit, daß es ihnen in Genf ohne die Anwesenheit ihrer deutschen Schwesternation gar nicht mehr wohl sei, und in der einen oder anderen Form war die Einladung zum Eintritt schon wiederholt an Deutschland ergangen. Zwar sträuben sich in Deutschland [illegible] und das wird auch in anderen Ländern der Fall sein — manche gegen eine solche Verbindung, aber die Völker und ihre berufenen Vertreter sind fast einstimmig dafür.

Jetzt kommt, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, von Berlin die Nachricht, Auslandsminister Stresemann hätte am 14. Januar vor der Reichstagskommission gesagt, Deutschlands Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund müsse auf unbestimmte Zeit aufgeschoben werden. Zwei Tage später wurde gemeldet, daß das der amtliche Standpunkt Deutschlands und nicht bloß die persönliche Ansicht Stresemanns sei. Was ist der Grund dieses Aufschubes?

In Locarno hat man nicht alles schwarz auf weiß in Dokumenten niedergelegt, worüber die Vertreter der Nationen übereinkamen. Außer jenen Dokumenten besteht ein sogenanntes Gentlemen's Agreement über verschiedene Punkte, die man, um die schwachen Nerven in alliierten Ländern nicht zu überreizen, nicht gleich an die große Glocke hängen wollte. Was dasselbe enthält, konnte man nur ahnen. Jetzt erfährt man eines von Stresemann, der als Grund des wahrscheinlichen Aufschubes angibt, die Alliierten bestünden darauf, im Rheinlande 75.000 Mann Besatzung zu halten, sich unterfangen, es, die Zustände bei der Besetzung zu verbessern, und das im Widerspruch mit den informellen, in Locarno getroffenen Vereinbarungen.

Soll man daraus etwa schließen, daß das Gentlemen's Agreement ein ähnliches Schicksal haben wird, wie die „berühmten" Verträge beim Waffenstillstand in 1918? Was dort trotz der feierlichsten und bestgestellten und beschworenen Verträge möglich war, müßte hier umso leichter möglich sein, brauchte bloß das Vorhandensein solcher Dokumente zu leugnen, eigentlich müßte das Gegenteil beweisen. Zum Schlusse dürften Stresemann und die anderen deutschen Vertreter nicht [illegible] Deutschland beharren. Wenn Deutschland nur dazu bestimmt sein soll, deren Stellung zu stärken, sogar gegen sich selbst, so ist es außerhalb des Bundes besser daran. Entweder soll Deutschland als gleichstehendes Volk im Völkerbunde sein, was unmöglich ist, solange die Armeen der Alliierten im Rheinlande hausen, oder es soll als unterdrückte Nation außerhalb des Bundes bleiben. Der Wunsch der Reichstagskommission für auswärtige Beziehungen, welche die Regierung auffordert, ihren Standpunkt zu bewahren und auf der Verringerung der Besatzungsarmee zu bestehen, vertritt nicht nur die Vertragstreue hinsichtlich des Einmarsches von Locarno, er vertritt noch mehr den Geist von Locarno, von dem man hofft, er sei der Geist [illegible]

Kleinere Nachrichten

Nach einer Londoner Depesche fallen die Truppen in Sofia etwa [illegible] Christen ermordet und ihr Eigentum geraubt oder zerstört haben. In einem Orte, wo sie ein türkisches Mädchen angerührt haben sollen, benahmen die Franzosen sich einmal [illegible] und die Plünderer. Die ganze Rache ist mit großer Wucht [illegible] zu bewundern wäre es nicht, wenn die Türken jede Gelegenheit wahrnähmen, sich an den eingeborenen Christen zu rächen, da die Franzosen sie bewachten und zur Plünderung der Türken nötigten.

Nachdem bisher alle Versuche, ein neues Ministerium im Sinne einer breiten Koalition zu bilden, gescheitert sind, berief Präsident Hindenburg abermals den Reichskanzler Luther und ersuchte ihn, die Bildung des Ministeriums zu versuchen. Luther nahm die Aufgabe an und trat mit den Parteiführern in Unterhandlungen. Er wird dabei vermutlich nicht mehr den Plan einer Koalition verfolgen, die möglichst alle Parteien einschließen soll, sondern wird sich sein Kabinett aus den Mittelparteien zusammenstellen. Die Alldeutschen beginnen bereits, nach einem starken Mann, einem Diktator zu rufen.

Leon Blum ist der Führer der sozialistischen Partei in Frankreich. Derselbe hielt kürzlich bei Eröffnung des sozialistischen Kongresses eine Rede, welche die wahre Natur der Sozialdemokratie in klares Licht stellte. Unter anderem sagte er: „Die Arbeiterklasse muß im vollen Besitze der Regierungsgewalt sein und dazu, wenn nötig, auch auf revolutionärem Wege gelangen. Natürlich wäre es angenehmer, die Herrschaft auf friedlichem Wege anzutreten, doch sind zur Herstellung der Arbeiterherrschaft alle Mittel gesetzlich." Man muß [illegible] zwischen Sozialdemokraten in Regierungen. Die Sozialdemokraten selbst, besonders die gemäßigteren, machen gewaltigen diesen Unterschied. Dieser Unterschied besteht aber nicht im Besitze der einen oder anderen. Er besteht nur darin, daß die [illegible] der Zeit bereits gekommen [illegible] die letzte Konferenz aus der sozialistischen Zeitrechnung [illegible], während die Sozialisten [illegible] diese Zeit [illegible] noch nicht da. [illegible] Sozialdemokraten. Dasselbe gilt von [illegible] Ungarn. Von [illegible] ganz [illegible]